

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 22. Dezember 1959

Blatt 2724

## Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen =====

22. Dezember (RK) Heute früh setzte der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas seine Beratungen mit der Behandlung der Wirtschaftspläne für die Städtischen Unternehmungen im Jahr 1960 fort.

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) wies in seinem Referat zunächst auf die grundverschiedenen finanziellen Verhältnisse zwischen Hoheitsverwaltung und Wiener Stadtwerke hin. Das geht schon daraus hervor, daß die Hoheitsverwaltung nicht nur ein ausgeglichenes Budget aufweist, sondern auch noch 100 Millionen Schilling für unvorhergesehene Ausgaben als Reserve zur Verfügung hat; das Budget der Stadtwerke hingegen hat ein erhebliches Defizit und muß in seinen Investitionsplan in erheblichem Ausmaß Sperrren einbauen, weil die erforderlichen Gelder nicht zur Verfügung stehen.

Diese latente finanzielle Notlage der Wiener Stadtwerke hat noch andere, meiner Ansicht nach besorgniserregende Folgen. Statt in Zeiten der Hochkonjunktur wie andere vernünftig geführte wirtschaftliche Unternehmungen Fett ansetzen zu können, um damit Zeiten von Konjunkturschwankungen leicht überbrücken zu können, bzw. um in Zeiten des Konjunkturrückganges zehren zu können, will und will es den Wiener Stadtwerken trotz allergrößter Anstrengungen nicht gelingen, solches Fett für Krisenzeiten anzusetzen. Es zeigt sich gerade das entgegengesetzte Bild. Die Wiener Stadtwerke leiden an schleichender Auszehrung, und ihre Substanz wird von Jahr zu Jahr geringer. In den letzten zehn Jahren haben die Wiener Stadtwerke weit mehr als eine Milliarde an Substanz verloren.



Und diese Tatsache ist umso betrüblicher, als zumindest für zwei große Teilunternehmungen, für E- und Gaswerk das Geld geradezu auf der Straße liegt. Beide Werke sind wohl in der Lage, im Großen und Ganzen gesehen, die Nachfrage durch das entsprechende Angebot zu befriedigen, aber die steigende Konjunktur ließe meiner Ansicht nach ohne weiteres über die wohl von Jahr zu Jahr steigenden Gas- und Stromabgaben hinaus noch größere Abgabemengen erzielen, wenn die entsprechende Erzeugungs- und Lieferungskapazität gegeben wäre. Dies würde ohne Zweifel einen weiteren Schritt zur Sanierung unserer Stadtwerke darstellen, denn wir kennen doch alle den volkswirtschaftliche Grundsatz: Je höher der Umsatz umso größer der Nutzen. 50 Prozent der Stromlieferungen des E-Werkes erfolgen zum Beispiel durch Fremdbezug. Wenn es möglich wäre, unser Erdgasnetz großzügig auszubauen, möchten sich sicherlich viele Industriebetriebe gerne auf Erdgas umstellen und damit den Absatz und damit wieder den Nutzen des Gaswerkes wesentlich steigern.

Es fehlt aber, sowohl dem Gaswerk als auch dem E-Werk die notwendige Kraft, dieses für sie auf der Straße liegende Geld aufzuheben, weil sie im Weg der Subventionierung der Verkehrsbetriebe stärkste finanzielle Aderlässe über sich ergehen lassen müssen.

Diese Subventionspolitik an die Verkehrsbetriebe, darf und kann aber niemals der Weisheit letzter Schluß für die endgültige Sanierung der Wiener Stadtwerke sein! Die älteren Mitglieder des Wiener Gemeinderates kennen die verschiedene, gegensätzliche Haltung, die die beiden die Verantwortung in diesem Hause tragenden Parteien zu diesem Problem im Gesamten gesehen seit jeher eingenommen haben. Während die ÖVP immer wieder an die Hoheitsverwaltung appellierte, zumindest alle ungerechtfertigten Belastungen durch die Hoheitsverwaltung den Stadtwerken abzunehmen und durch eine großzügige Kreditoperation wirklich unaufschiebbar gewordene Investitionen und für den Erfolgsplan entscheidend ins Gewicht fallende Rationalisierungsmaßnahmen zu ermöglichen, zeigte die sozialistische Fraktion vorerst vor allem unter der Ägide des um unsere Stadt sicherlich verdienten Finanzreferenten Resch, obwohl er vorher Generaldirektor der städtischen Unternehmungen war, allen unseren Wünschen die kalte Schulter.



Gestatten Sie mir ein offenes Wort: ich hatte immer den Eindruck - und kann ihn auch heute bei schon wesentlich geänderten Verhältnissen noch nicht ganz los werden -, als ob Sie es ganz gerne gesehen hätten, wenn es bei der Führung der Städtischen Unternehmungen, die seit 1946 von einem ÖVP-Stadtrat geführt wurden, Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gab und gibt, während es in der Hoheitsverwaltung restlos klappt, um vielleicht in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß die eine Fraktion besser und die andere schlechter verwalte. Wenn dieser mein Eindruck richtig sein sollte, so möchte ich an die sozialistische Fraktion die Bitte richten, diese Gedankengänge ein für allemal fallen zu lassen. Die Wiener Stadtwerke können genauso wie jede andere Verwaltungsgruppe nicht Sache der einen oder der anderen Partei sein, sie sind Angelegenheit der gesamten Wiener Bevölkerung, sie sind eine Angelegenheit dieser unserer Stadt Wien und wir haben sie alle gemeinsam getreu dem Gelöbnis, das wir vor kurzem dem Herrn Bürgermeister abgelegt haben, nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung und nicht im Interesse einer Partei zu verwalten.

Aber wie schon gesagt, die Verhältnisse haben sich hier gottlob wesentlich geändert. Beide Parteien haben Wasser in ihren Wein geschüttet und der erste Grundstein zur Sanierung der Wiener Stadtwerke wurde gelegt. Auf der einen Seite wurde eine in erträglichem Rahmen sich bewegende Tarifierhöhung beschlossen, auf der anderen Seite den Stadtwerken wesentliche, allerdings bei weitem noch nicht alle ungerechtfertigten Belastungen abgenommen und vor allem die Voraussetzungen für den Fünf-Jahres-Investitionsplan geschaffen. Mein Herzenswunsch kann es nur sein, daß das Verständnis für die noch bestehenden Schwierigkeiten der Wiener Stadtwerke bei der Mehrheit dieses Hauses, vor allem aber beim Finanzreferenten wach bleibt, dann werden sich sicherlich bei gegenseitigem Verständnis alle noch offenen Fragen einvernehmlich lösen lassen.

Und nun einige Zahlen aus dem Voranschlag für 1960. Der Voranschlag 1960 weist Gesamtausgaben von 3.114,725.000 S aus, dem Einnahmen von 2.916,960.000 S gegenüberstehen, womit ein Defizit in der beachtlichen Höhe von 197,765.000 S aufscheint. Dieses ist allerdings um neun Millionen Schilling geringer als im Vorjahr und wäre noch wesentlich geringer, wenn uns 1959 nicht wieder zwei Dinge auf den Kopf gefallen wären, die die Bilanzen der Wiener Stadtwerke wieder wesentlich belasten.



Sie wissen, daß das Jahr 1959 die Erfüllung zweier berechtigter Forderungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft, nämlich den 14. Monatsbezug und die 45 Stundenwoche gebracht hat. Daß sich die Verwirklichung dieser beiden sozialen Forderungen bei den Wiener Stadtwerken mit ihren über 19.500 Arbeitern und Angestellten sehr stark auswirken, ist einleuchtend. Der 14. Monatsbezug kostet 68 Millionen Schilling, die 45-Stundenwoche 16 Millionen Schilling, sodaß sich aus diesem Titel allein Mehrbelastungen von 84 Millionen Schilling ergeben. Wären diese beiden neuen Belastungen nicht aufgetreten, würde der Abgang nicht 197, sondern nur 112 Millionen Schilling betragen. Wenn wir die Zahl mit den Abgängen 1959 von 206 Millionen Schilling und 1958 von 242 Millionen Schilling vergleichen, sehen wir deutlich die aufwärts strebende Tendenz in den Bilanzen der Wiener Stadtwerke. Die Erträge der Wiener Stadtwerke steigen gegenüber 1959 um rund 33 Millionen, wovon 88 Millionen auf die E-Werke, 15.5 Millionen auf die Verkehrsbetriebe und 3.5 Millionen auf die Bestattung entfallen, während beim Gaswerk ein Mindererlös um 73 Millionen eintritt.

Der Abgang der Stadtwerke von 198 Millionen Schilling verteilt sich auf die einzelnen Unternehmungen wie folgt: E-Werke 3.5 Millionen, Gaswerke 21.5 Millionen, Verkehrsbetriebe 173 Millionen. Ohne die Subventionen von 130 Millionen, die die E-Werke und Gaswerke gewähren, würden die Verkehrsbetriebe einen Verlust von 303 Millionen Schilling aufweisen.

Die Elektrizitätswerke rechnen mit einer Strommenge von circa 1.880 Millionen Kilowattstunden; dies entspricht einem täglichen Durchschnitt von rund 5.150.000 Kilowattstunden. Davon stammen 45.2 Prozent aus den Wiener Dampfkraftwerken. Aus der Stromabgabe ergibt sich eine Einnahme von insgesamt 1.072 Millionen Schilling.

Die Gaswerke veranschlagen eine Gasabgabe von 541.000.000 m<sup>3</sup> mit einer Einnahme von 438 Millionen Schilling. Der Anfall des für den Verkauf bestimmten Kokes wurde mit 200.000 Tonnen mit einem geschätzten Verkaufswert von 140 Millionen Schilling angenommen. Die Preise für Koks, die dem Voranschlag 1960 zugrunde gelegt wurden, sind relativ günstig.



Bei den Verkehrsbetrieben wird eine Steigerung der Beförderungsleistung erwartet. Auf Straßenbahn und Stadtbahn sollen 483 Millionen Personen befördert werden, während im Voranschlag für 1959 mit 472 Millionen Personen gerechnet wurde. Im Kraftverkehrsbetrieb soll die Zahl der beförderten Fahrgäste 35 Millionen Personen betragen. Der für das laufende Jahr ange setzte Durchschnittsfahrpreis je Fahrgast von 1.45 Schilling auf Straßenbahn und Stadtbahn konnte auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht gehalten werden und ist für 1960 auf 1.43 Schilling herabgesetzt worden. Hingegen konnte die Durchschnittseinnahme je Fahrgast im Kraftverkehrsbetrieb von 1.46 auf 1.47 Schilling erhöht werden. Auf Grund dieser Annahmen ergibt sich eine geschätzte Einnahme aus dem Personenverkehr von 745,3 Millionen Schilling, das ist gegenüber dem Voranschlag 1959 eine Mehreinnahme von 10,4 Millionen.

Die Bestattung soll einen Gewinn von 344.000 Schilling ergeben. Die Zahl der Bestattungsfälle ist mit 26.800 angenommen. Die Einnahmen aus der Bestattung sind mit 78,7 Millionen präliminiert.

Die Wiener Stadtwerke präliminieren für 1960 einen Personalstand von 19.537 Bediensteten, von denen 3.961 auf die E-Werke, 2.242 auf die Gaswerke, 12.786 auf die Verkehrsbetriebe und 548 auf die Bestattung entfallen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1959 ergibt sich eine Gesamtsteigerung um 485 Bedienstete. Die Erhöhung bei den Verkehrsbetrieben um 580 Bedienstete geht fast ausschließlich auf die Auswirkung der 45-Stundenwoche im Fahrdienst zurück. Es erscheint allerdings noch fraglich, ob bei den derzeitigen Arbeitsmarktverhältnissen Neuaufnahmen in dem erforderlichen Ausmaß möglich erscheint, bzw. ob das Unternehmen nicht gezwungen sein wird, an Stelle einer Freizeitgewährung Überstunden bezahlen zu müssen. Die Zahl der Pensionisten beträgt 19.531. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten umfaßt 39.068, das ist um 672 Personen mehr als 1959. Bei den Verkehrsbetrieben entfallen auf 100 Aktive bereits 115 Pensionsparteien.

#### Der Investitionsplan

Die Zusammenfassung der Investitionspläne der vier Teilunternehmungen zeigt, sagt der Referent, daß für das Jahr 1960 ein Gelderfordernis von insgesamt 1.035,2 Millionen Schilling sicherzustellen wäre. Dieser Betrag ist nicht zur Gänze verfügbar, sodaß Sperren im Gesamtbetrag von 132,2 Millionen Schilling angeordnet werden mußten.



Es steht somit ein freier Betrag von 903 Millionen Schilling zur Verfügung, der sich auf die Teilunternehmungen wie folgt verteilt: Elektrizitätswerke 368,8 Millionen Schilling, Gaswerke 129,6 Millionen Schilling, Verkehrsbetriebe 400,6 Millionen Schilling, Bestattung 4 Millionen Schilling. Gegenüber dem freien Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke für 1959 von rund 702 Millionen Schilling ergibt sich also eine namhafte Steigerung von 201 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1959 zeigt sich bei den E-Werken eine Steigerung um 105 Millionen Schilling, bei den Gaswerken um 19,2 Millionen Schilling und bei den Verkehrsbetrieben um 77,6 Millionen Schilling. Entsprechend dem noch immer ansteigenden Verbrauch an elektrischer Energie wird auch im Jahre 1960 der Bau von Umspann- und Unterwerken im gesteigerten Maße fortgesetzt. Fertiggestellt werden voraussichtlich die Umspannwerke Leopoldstadt und Traiskirchen. Auch für die Ausgestaltung der Energieversorgung der Verkehrsbetriebe ist wieder ein Betrag von 10,1 Millionen Schilling vorgesehen, wovon ein weiterer freier Teilbetrag von 4,5 Millionen Schilling auf die Errichtung des Unterwerkes Großmarkthalle entfällt, das einen Gesamtaufwand von 10,5 Millionen Schilling beanspruchen wird.

Bei den Gaswerken müssen von den vorgesehenen 140,4 Millionen Schilling 10,8 Millionen Schilling mangels Bedeckung gesperrt werden. Im Rahmen des Fünfjahresplanes werden u.a. 40 Millionen S für den weiteren Ausbau der Erdgasspaltanlagen, den Bau des Gasbehälters am Wienerberg und den Ausbau und die Erneuerung von Rohrleitungen bereitgestellt. Besonders bemerkenswert unter diesen Investitionen der Gaswerke ist der Anteil für die Legung neuer Rohrleitungen und für die Auswechslung veralteter Rohrstränge.

Bei den Verkehrsbetrieben sind Investitionen von insgesamt 422,8 Millionen Schilling geplant, wovon 22,2 Millionen Schilling gesperrt sind. Der Bedarf der Straßenbahn ist im Jahre 1960 deswegen so hoch anzusetzen, weil die Straßenbahnverordnung 1957 den Einbau von Schienenbremsen verlangt, der bis zum 1. Jänner 1961 zur Gänze durchgeführt werden soll. Daher sind für die Straßenbahn im Vergleich zum Voranschlag 1959 um 56,1 Millionen Schilling und für den Autobusbetrieb um 30 Millionen Schilling mehr angesetzt. Hingegen ist für die Stadtbahn um 8,3 Millionen Schilling weniger vorgesehen, weil der Umbau der alten Wagen fast beendet ist.



Für Gleisanlagen der Straßenbahn sind im Zusammenhang mit den Projekten der Stadtplanung und im Zusammenhang mit der Schnellbahn 46,4 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Erneuerung des Fahrparkes werden insgesamt 288 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, wovon auf die Straßenbahn 211,3 Millionen Schilling, auf die Stadtbahn 30,6 Millionen Schilling und den Autobusbetrieb 46,1 Millionen Schilling entfallen. An neuen, bzw. total umgebauten Wagen können hierfür beschafft werden: für die Straßenbahn 238 Trieb- und Beiwagen, darunter sechs vierachsige Gelenktriebwagen, 16 sechsachsige Gelenktriebwagen und 77 Großraum-Beiwagen, für die Stadtbahn 69 umgebaute Trieb- und Beiwagen, für den Autobusbetrieb 30 Großraum-Autobusse und 30 Doppeldecker. Die Anschaffung der letzteren kommt allerdings nur dann in Frage, wenn der erste Prototyp, der voraussichtlich im Februar 1960 fertig sein wird, sich im Verkehr bewährt hat.

Der Investitionsplan sieht den zweigleisigen Ausbau der Linie 167, eine Umkehrschleife in Pötzleinsdorf, den Umbau und die Mittellage in der Prager Straße - Eisenbahnerberg, die Anschaffung von 20 Wochenkarten-Automaten, die Genehmigung des zweiten Bauabschnittes der neuen Zentralwerkstätte (85 Millionen Schilling), die Errichtung der ersten automatischen Waschanlage für Autobusse in der Garage Vorgarten, diverse Gleisanlagen (Schottentor, Uhlplatz, Schöpfleuthnergasse - Schloßhofer Straße und Anlage Rennweg - Ungargasse - Fasangasse), die Herstellung der Bahnsteige und Einbau von zwei Rolltreppen in der Haltestelle Hauptzollamt und weitere Einrichtungen vor. Bei termingemäßer Lieferung der für das kommende Jahr vorgesehenen 60 neuen Autobusse werden außer der Linie 73 (nach Kaiser-Ebersdorf) auch die Linien 61 (anfangs 1960) und 13 (Ende 1960) auf den Autobusbetrieb umgestellt werden. Auf letzterer ist der Einsatz von 30 Doppeldecker-Autobussen geplant.

Die Bestattung sieht Investitionen von insgesamt vier Millionen Schilling vor, wobei der Großteil von 1,6 Millionen S auf die Ausstattung von Aufbahrungshallen und ein Betrag von fast einer Million S auf die Nachschaffung von Kraftwagen und verschiedenen Transportmittel entfällt. Dieses gigantische Investitionsvolumen in der Gesamtsumme von rund 903 Millionen, das jenes von 1959 um 201 Millionen übersteigt, ist jedoch leider nicht zur Gänze gedeckt, da dem im Finanzplan ausgewiesenen Gelderfordernis von 1.433,3 Millionen eine Geldbedeckung von nur 1.301,1 Millionen gegenübersteht.



Die Richtigkeit des Wirtschaftsplanes 1960 ist im hohen Maße davon abhängig, daß die beiden wichtigsten Rohstoffe Kohle und Erdgas in ihren Preisen stabil bleiben und sich der Kokspreis nicht weiterhin noch abwärts bewegt. Das große Investitionsvolumen von 903 Millionen wird mit 426 Millionen Schilling aus fremden Krediten und mit 477 Millionen Schilling aus eigenen Geldern finanziert. Die Erfüllung dieses großen Ausbauprogramms wird ohne Zweifel weitere Möglichkeiten der Rationalisierung gewährleisten, die sich in Zukunft in einer noch verbesserten Gebarung auswirken werden. Stadtrat Schwaiger appelliert an die großen Lieferfirmen alles daransetzen, die übernommenen Aufträge auch tatsächlich termingerecht zu liefern. Abschließend dankt er allen Mitarbeitern, vor allem dem ausgeschiedenen Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er glaube, nicht nur im Namen seiner Fraktion, sondern im Namen des ganzen Wiener Gemeinderates zu sprechen, wenn er ihm als sein Nachfolger in diesem schweren Amt den Dank für seine Leistungen übermittelt.

Von einer Sanierung der Wiener Stadtwerke, sagt er zum Schluß, kann erst dann die Rede sein, wenn das Entstehen neuerlicher Verluste verhindert und dem Unternehmen die Möglichkeit geboten wird, die zur Finanzierung des großen Aufbaus aufgenommenen Fremdmittel wieder zurückzuzahlen oder doch wenigstens in eine andere Form umzuwandeln, um die große Zinsenlast, die derzeit fast den gesamten Erfolg der bisher durch die Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen erzielten Einsparungen aufzehrt, zu beseitigen.

Sein Ziel sieht Stadtrat Schwaiger darin, die drei großen Komponenten, die Erfüllung der berechtigten Wünsche, die die Wiener Bevölkerung an die Unternehmungen stellt, die Erreichung und Erhaltung des sozialen Friedens in der gesamten Beamten- und Arbeiterschaft und das Blühen und Gedeihen unserer Werke und Betriebe auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.



Die Debatte über die Städtischen Unternehmungen

Als erster Debatteredner spricht GR. Maller (KLS). Er gibt eingangs der Erwartung Ausdruck, daß Stadtrat Schwaiger nun alle Anregungen und Forderungen, die er in den vergangenen Jahren als Gemeinderat gestellt hat, in die Tat umsetzen wird. Er stellt fest, daß der Voranschlag für diese Geschäftsgruppe wie immer die gleichen Eigenheiten aufweist, wenn auch diesmal die pessimistische Note darin nicht enthalten ist. Auch diesmal war man aber bemüht, einen Abgang auszurechnen, allerdings mit der Begründung, daß der 14. Monatsgehalt am Defizit schuld ist. Der Redner fragt, warum man andererseits den durch die Mehrleistungen der Bediensteten der Stadtwerke eingebrachten Gewinn nicht berücksichtigt. Er meint, der Voranschlag müßte ein wesentlich günstigeres Aussehen bekommen, würde die Gemeinde Wien auf die vielen Abgaben verzichten, die sie von den Stadtwerken einnimmt.

Die Wiener Stadtwerke seien kein kaufmännisches, sondern ein soziales Unternehmen, das im Dienste der Allgemeinheit zu stehen hat. Die Gemeinde Wien und auch der Bund haben ihnen gegenüber Verpflichtungen. Die vorgesehenen Investitionen sind zwar groß und eindrucksvoll, aber es wird im kommenden Jahr kein einziges großes Unternehmen begonnen, sondern man wurstelt mit Millionenbeträgen weiter. Es fehle die großzügige und vorausblickende Planung. Zu einer solchen würden gehören der Ausbau der Schnellbahn, Vorkehrungen für die Einführung des Einheitstarifes, eine großzügige Sicherstellung der Energieversorgung und vor allem ein Generalverkehrsplan.

In einem Antrag verlangt der Redner die eheste Vorlage des Generalverkehrsplanes an den Gemeinderat. In einem weiteren Antrag fordert er zur Sanierung der Stadtwerke und vor allem der Verkehrsbetriebe, die Gemeinde solle für zehn Jahre auf sämtliche Gebühren, Abgaben und Steuern bei diesen Betrieben verzichten und von der Bundesregierung einen Zuschuß für die Wiener Verkehrsbetriebe verlangen, wie dies in den meisten europäischen Staaten für die öffentlichen Verkehrsunternehmen der Hauptstädte geschieht.

Ein besonders wichtiges Anliegen der Wiener sei der Einheits-tarif auf Straßenbahn, Stadtbahn, Autobus und Schnellbahn. In einem weiteren Antrag verlangt GR. Maller, daß der Fahrgast mit der jetzt gültigen Tagesfahrkarte zu 2.20 Schilling alle diese Verkehrsmittel benützen darf.



Die Wiener Verkehrssituation erfordert den raschen Ausbau der Schnellbahn und die Einbeziehung der Vororte-, Verbindungs- und Ländebahn. Auch in dieser Hinsicht stellt der Redner einen Antrag.

Die Einnahmen der Stadtwerke genügen, um den Betrieb und auch die Investitionen zu decken. Abgaben an die Gemeinde und Riesenabschreibungen ergeben auf dem Papier einen Abgang, aber in Wirklichkeit sind die Voranschläge der Stadtwerke ausgeglichen. Die Verkehrsbetriebe subventionieren überdies noch den Straßenverkehr, indem sie wesentlich zum Umbau von Kreuzungen und ähnlichen Einrichtungen beitragen. Der Einbau von Schienenbremsen in Straßenbahnwagen gehe nur schleppend vor sich. Nach Unfällen sitzen dann die falschen Leute auf der Anklagebank und das Personal muß die Zeche für die Schuld der Verantwortlichen zahlen.

Mit Genugtuung begrüßt der Redner die vorgesehene Anschaffung neuer Straßenbahnwagen und Autobusse. Als schönen Erfolg der Favoritner bezeichnet er den in Aussicht genommenen zweigeleisigen Ausbau der Linie 167. Erfreulich ist auch, daß endlich die museumsreife Straßenbahnlinie 13 auf den Autobusbetrieb umgestellt werden soll. Die Anschaffung von 20 Wochenkartenautomaten ist gleichfalls zu begrüßen. Vielleicht könnte man auch Automaten für Kurzstreckenkarten aufstellen.

Der Personalreferent Stadtrat Riemer hätte sich vor dem Gemeinderat als Menschenverächter und als Gegner des Personals entpuppt. Er beschuldige die Kommunisten, im Gemeindedienst Sabotagearbeit zu leisten. Das ist, sagt der Redner eine starke Unverfrorenheit diesen Menschen gegenüber. Stadtrat Riemer werde noch Gelegenheit haben, den Beweis für seine Behauptungen vor österreichischen Gerichten zu erbringen. Wir werden diese Schmach nicht auf uns sitzen lassen. Die Kommunisten haben zu einer Zeit, als Stadtrat Riemer sich versteckt hat, die Fahne Österreichs aufgenommen, um für ein freies und unabhängiges Österreich zum kämpfen. (Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ)

Da in den vorliegenden Wirtschaftsplänen der Stadtwerke nichts darauf schließen läßt, daß sich die Politik der Gemeindeverwaltung im nächsten Jahr ändern wird, können die Kommunisten den Ansätzen nicht zustimmen.



GR. Peter (FPÖ) stellt fest, er habe während der Ausführungen von Stadtrat Schwaiger das Gefühl gehabt, daß sich dieser bei der Referierung der Ansätze selber nicht besonders wohl fühlte. Beitragen dürfte hierzu vor allen Dingen das Riesendefizit bei den Verkehrsbetrieben. Durch sachliche Überlegungen und Planungen für die Zukunft müßte man jedoch auch auf dem Verkehrssektor zu einer Lösung kommen können. Der Redner fordert in diesem Zusammenhang die endliche Erstellung eines Generalverkehrsplanes, da bis heute ein solcher Plan nicht vorliege. Die Stadt Graz zum Beispiel sei augenblicklich daran, die Verkehrsbetriebe zu kommerzialisieren. Man müßte derartige Versuche anderer Städte im Auge behalten und Nutzen für die Stadt Wien daraus ziehen. Auch im Bericht des Kontrollamtes über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1958 wird festgestellt, daß die Finanzlage der Stadtwerke weiterhin angespannt ist und zu einer endgültigen Lösung der Schwierigkeiten noch entscheidende Schritte notwendig sein werden.

Bei den E-Werken wurde vom Rechnungshof und von der Verbundgesellschaft festgestellt, daß der Zustand des Wiener Versorgungsnetzes eine höhere Stromabgabe nicht mehr zuläßt. Die Benützung stärkerer Elektrogeräte wird dadurch in vielen Haushalten unmöglich gemacht. Durch eine vermehrte Stromabgabe könnten die E-Werke über bedeutende Mehreinnahmen erzielen. Einer gründlichen Sanierung bedürfe auch das Rohrnetz der Gaswerke. Bei den Verkehrsbetrieben müßte der Wagenpark dringend erneuert werden. Auch die Einführung größerer Intervalle zwischen den einzelnen Straßenbahnzügen bringe keine tatsächliche Verringerung der Ausgaben. Die Bevölkerung wird durch solche Maßnahmen nur verärgert. Auch die Fahrpläne müßten zweckmäßiger gestaltet werden. Der Redner bedauert es, daß es in Wien keine Schnellbahn gibt. Es sei dies jedoch bereits eine Sünde der Vergangenheit. Heute wäre es fraglich, ob der Bau einer U-Bahn von der Bevölkerung begrüßt würde, wäre doch der Verkehr durch den U-Bahnbau für eine Zeit von zehn Jahre sehr gestört. Der Redner fordert, man möge Fachleute beauftragen, alles das auszuarbeiten, was auf dem Verkehrssektor geschehen soll.



Diese Vorschläge der Fachleute müßten dann mit den Gegebenheiten in Einklang gebracht werden. Als unmöglich bezeichnet es der Redner, daß die Verkehrsbetriebe von jenen Unternehmungen saniert werden müssen, die einen Gewinn abwerfen. Diese Unternehmen aber müssen für ihre Investitionen teure Kredite aufnehmen. Eine Möglichkeit zur Sanierung der Verkehrsbetriebe wäre es, die ungeheure Belastung durch die Pensionisten abzuwälzen. Es wäre vielleicht diskutabel, eine Art Entpragmatisierung vorzunehmen, ohne die Angestellten und Arbeiter der Verkehrsbetriebe dadurch zu schädigen. Die Pensionslasten müßten dann vom Sozialministerium übernommen werden und die Gemeinde könnte eine Art Zuschußrente geben. Durch eine derartige Maßnahme könnten auch die Gehälter der Bediensteten der Verkehrsbetriebe wieder verbessert werden, war es doch früher so, daß im Volksmund ein Straßenbahner wegen seines guten Gehaltes gleich nach dem Hofrat rangierte.

Kritik übt der Redner an der Uniformierung der Leichen-träger. Sie könnte etwas geschmackvoller sein.

Abschließend gibt GR. Peter der Hoffnung Ausdruck daß alles unternommen wird, um die Verkehrssituation in Wien wirklich großstädtischen Verhältnissen anzupassen, damit Wien auch auf dem Gebiet Anschluß an das moderne Europa findet.

Gr. Walzer (ÖVP) sagte einleitend, er habe den Eindruck, daß man sich in der Debatte viel zuviel mit der Vergangenheit beschäftigt habe. Er wolle dies nicht tun, denn er sei der Auffassung, man sollte eher versuchen, das Heute zu meistern und nicht nach dem ewig Gestrigen blicken.

Der neue Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen hat uns die Wirtschaftspläne für das Jahr 1960 vorgelegt, und man kann bei genauem Studium gegenüber dem letzten Jahr feststellen, daß sich - wenn auch langsam - so doch eine Konsolidierung abzeichnet. Die E-Werke und Gas-Werke sind wirtschaftlich durchaus in Ordnung. Durch die Verwendung von Erdgas ist es möglich, den Gas- und Strompreis so niedrig zu halten. Die in den Investitionsplänen vorgesehene Erweiterung der Produktionsanlagen garantiert dafür, daß die Erzeugung der beiden Werke auch in Zukunft reibungslos vorsichgehen wird. Der größere Verbrauch an Strom und Gas bedingt allerdings weiterhin enorme Investitionen.



Die Elektro- und Gasgeräteaktion wirkt sich weiterhin günstig auf den Verbrauch aus. Der Umsatz dieser Aktionen beläuft sich noch immer auf 70 Millionen Schilling jährlich.

Zum Verrechnungssystem der beiden Werke gibt der Redner die Anregung, nur eine effektive Abrechnung zum Jahresende durchzuführen. In den übrigen Monaten sollten bloß gleichbleibende Zahlungen geleistet werden. Ein solches System habe sich in Hamburg bereits bewährt.

Ferner regt GR. Walzer an, auch für Gas- und E-Werk eine ähnliche Regelung bei Straßenumbauten zu treffen, wie dies bei Gleisverlegungen der Verkehrsbetriebe geschieht. Hier trägt die Hoheitsverwaltung 50 Prozent des Aufwandes. Auch der Verrechnungspreis für Strom und Gas für die öffentliche Beleuchtung sollte neu geregelt werden, da die jetzigen Preise nicht einmal die Selbstkosten decken.

Die Verkehrsbetriebe stehen noch immer vor sehr schwierigen Aufgaben. Die 45-Stunden-Woche zwingt auch zur Neuaufnahme von 500 Bediensteten, was bei der jetzigen Beschäftigungslage kaum möglich sein wird. Das vorhandene Personal wird also Überstunden leisten müssen und damit zwar höher bezahlt sein, aber nicht in den Genuß von mehr Freizeit kommen. Übrigens wäre auch eine Reform der rigorosen Aufnahmebedingungen für den Fahrdienst wünschenswert. Gegenwärtig ist es nicht möglich, Leute aufzunehmen, die Brillenträger sind. So sind die Verkehrsbetriebe gezwungen, Bewerber mit geringen Vorstrafen aufzunehmen, nur um den notwendigen Personalstand zu erreichen.

In der Bevölkerung besteht vielfach die Meinung, daß für den Einbau von Schienenbremsen nur sehr wenig getan werde. Es soll daher in aller Offenheit festgestellt werden, welche große finanzielle Belastung dieses Vorhaben darstellt. 480 Millionen Schilling sind für die Verkehrsbetriebe keine Kleinigkeit. Im Vorschlag 1960 sind 164 Millionen für den Schienenbremseneinbau vorgesehen, die durch Kredite aufgebracht werden sollen. Der Redner schlägt vor, statt dessen die Gebrauchsgebühr der E- und Gaswerke von 45 Millionen durch Finanzierung des Schienenbremsenprogrammes heranzuziehen. Weiter könnten die 45 Millionen, die durch den Verkauf des Brauhauses eingenommen werden, für diesen Zweck Verwendung finden. Nach wie vor ist die Straßenbahn das leistungsfähigste Massenbeförderungsmittel. Wir müssen daher alles tun, um die Sicherheit der Wiener Bevölkerung auf der Straßenbahn zu gewährleisten.



Zu dem Problem der Umstellung von Straßenbahn auf Autobusbetrieb fragt der Redner den Stadtrat, warum die Umstellung so langsam vor sich geht. Es wäre notwendig der Bevölkerung die Gründe dafür zu sagen. Er glaube, daß dafür in erster Linie der Mangel an Garagen verantwortlich ist.

Zur Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe meint GR. Walzer, man müsse mehr für die Popularisierung der Kurzstreckenfahrtscheine tun. Er regt die Aufstellung von Automaten an, oder wenn dies nicht möglich ist, den Verkauf der Ein-Schilling-Fahrscheine in den Trafiken.

Wiederholt wurde über die Kompliziertheit unseres Tarifsystems gesprochen. Auch die Volkspartei setzt sich hier für eine baldige Lösung ein. In Frage kommen das Carnetsystem oder die Einführung eines Normalfahrtscheines mit Umsteigzuschlag.

Zur zweiten Verkehrsebene führt GR. Walzer aus, daß man sich der Behandlung einer so grundsätzlichen Frage nicht mehr entziehen könne. Der ständig wachsende Straßenverkehr zwingt uns dazu, Taten zu setzen. Jede Fraktion und jedes einzelne Mitglied des Wiener Gemeinderates ist dazu verpflichtet nach bestem Wissen und Gewissen das Seine zur Lösung dieser Frage beizutragen. Ob es sich nun um eine U-Bahn oder um eine Unterpflasterstraßenbahn handeln soll, ist nicht wesentlich. Wichtig ist es, daß man die Vorschläge mit den zuständigen Fachleuten bespricht, um die bestmögliche Lösung für die Bevölkerung zu erreichen (Beifall bei der ÖVP). Der Redner verweist allerdings darauf, daß die Unterpflasterstraßenbahn keine Leistungssteigerung gegenüber dem Oberflächenverkehr aufweisen wird. Mehr als 12.000 Fahrgäste in einer Richtung kann eine Straßenbahn nicht befördern.

Zur Schnellbahn habe schon der Generalredner der Volkspartei positiv Stellung genommen. Er möchte wiederholen, sagte GR. Walzer, daß die Volkspartei am raschen Ausbau der Schnellbahn interessiert ist. Was sie dazu beitragen kann, das wird sie sicher tun. Der Redner vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, daß auch der Ausbau der Nord- und Südtrasse der Stadtbahn notwendig wäre.



Schließlich verweist GR. Walzer darauf, in der Bevölkerung sei die Meinung verbreitet, daß man nie zu seinem Recht kommt, wenn man mit der Straßenbahn einen Unfall hat. Er ersucht Stadtrat Schwaiger zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Abschließend erklärt GR. Walzer, es zeige sich, daß trotz noch vorhandenen Schattenseiten die Stadtwerke im abgelaufenen Jahr Gewaltiges geleistet haben. Die Vorhaben für 1960 können als gigantisch bezeichnet werden. Er danke daher allen für ihren Eifer, mit dem sie für die Stadtwerke gearbeitet haben, vor allem dem ehemaligen Stadtrat Dkfm. Nathschläger (Beifall). Im übrigen gab er die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe.

Als letzter Debatteredner ist GR. Liwanec (SPÖ) zu Worte gemeldet. Er stellt fest, daß die Ansätze der Verwaltungsgruppe XII mit einem Budgetvolumen in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte Bevölkerung sind. Er bedauert, daß der Referent nicht ausführlich genug über die zweifellos vorhandenen positiven Dinge der Wiener Stadtwerke gesprochen habe, deren Aufgabe es immer war, den Bedürfnissen der Wiener Bevölkerung gerecht zu werden. Er stellt fest, daß die Leistungen der städtischen Unternehmungen als durchaus positiv zu werten sind. Der Redner gibt dann der Meinung seiner Fraktion Ausdruck, daß der neue Stadtrat bei der Ausübung des Amtes seine Einstellung als Parteisekretär soweit zurückstellt, daß er nicht in einen Gegensatz zu seinen Stadtrataufgaben kommt. Zu den Vorwürfen, die von der ÖVP gegen die Städtischen Unternehmungen vorgebracht werden, stellt er fest, daß diese Geschäftsgruppe seit 1945 ununterbrochen von Mandataren der ÖVP verwaltet wurde. In diesem Zusammenhang weist er entschieden die Behauptung zurück, daß für die gegenwärtige Lage der Wiener Verkehrsbetriebe der ehemalige Finanzstadtrat Resch die Verantwortung trage (Beifall bei SPÖ). Die ÖVP, sagt er, hat im Laufe der Jahre an einem Gedeihen der Verkehrsbetriebe wenig Interesse gezeigt und nicht selten wurden die vom ehemaligen Stadtrat Dkfm. Nathschläger unternommenen Bemühungen zunichte gemacht. Er stellt fest, daß jeder verantwortliche Stadtrat die Verpflichtung übernimmt, dafür zu sorgen, daß in seiner Verwaltungsgruppe alles in Ordnung geht.



Daß es den Wiener Stadtwerken nicht gelungen ist, in den Jahren der Konjunktur zu "Fettansätzen" zu kommen, vermerkt der Redner mit besonderem Bedauern. Er bedauert auch, daß Stadtrat Schwaiger in seinem Referat nichts über die Entwicklung der letzten Jahre gesagt hat, so über die Bemühungen der Hoheitsverwaltung zugunsten der Stadtwerke und auch nicht über das, was on seiten des Bundes für die Verkehrsbetriebe getan werden sollte.

Zu den vom Stadtrat an die Bediensteten seiner Geschäftsgruppe gerichteten Dankesworten bemerkt der Redner, daß er sich damit eindeutig im Gegensatz zum Wahlprogramm seiner Partei gestellt hat, die noch vor ganz kurzer Zeit mit diffamierenden Anschuldigungen dieser Bediensteten nicht sparte.

GR. Liwanec erklärt dann, man habe im Verlauf der diesjährigen Budgetdebatte sehr oft und zu Unrecht mit dem Begriff "heißes Eisen" operiert. Für die SPÖ, sagt er, gebe es kein "heißes Eisen", denn sie ist gewohnt, über jede wichtige Frage in der Verwaltung mit der Bevölkerung demokratisch zu sprechen. So will sie es auch bei der Frage der U-Bahn tun, denn sie ist nach wie vor überzeugt, daß eine Untergrundbahn zu einem Experiment werden kann, das der Wiener Bevölkerung wahrlich sehr teuer kommen könnte. Er wiederholt, daß seine Fraktion nicht gegen eine Untergrundbahn ist, aber in ihr auch nicht die Lösung aller gegenwärtigen Verkehrsprobleme sehe. Von der ÖVP, erinnert er, wurde übrigens immer noch kein einziges Wort über die Finanzierungsmöglichkeiten gesagt. GR. Liwanec ist der Meinung, daß man gerade über die Untergrundbahn mit der Bevölkerung deutlich sprechen müßte.

Die ÖVP will für den Ausbau und die Sanierung der Verkehrsbetriebe immer neue Anleihen aufnehmen und die Lasten auf mehrere Generationen aufteilen. Die gegenwärtige Verschuldung der Verkehrsbetriebe beläuft sich bereits auf fast 900 Millionen Schilling; im nächsten Jahr werden allein 34 Millionen für Zinsen aufgewendet werden müssen. Daher ergibt sich die Frage, ob und inwieweit es volkswirtschaftlich vertretbar erscheint, über den Rahmen des Fünfjahresinvestitionsplanes hinaus weitere Kredite aufzunehmen. Die beiden Tarifregulierungen der letzten Jahre bringen für die Verkehrsbetriebe jährlich eine Mehreinnahme von 240 Millionen Schilling. In der jetzigen Situation wird wohl niemand glauben, daß man heute noch um 1.30 Schilling auf der Straßenbahn fahren könnte.



Aber die ÖVP hat damals aus wahltaktischen Gründen wegen dieser Tarife einen Wirbel inszeniert. Die Straßenbahnen wären in eine wirkliche Gefahr hineingeraten, wenn die sehr opportunistische Meinung der ÖVP-Fraktion im Gemeinderat ausschlaggebend gewesen wäre.

Die Ausstattung der Straßenbahnwagen mit Schienenbremsen wird planmäßig durchgeführt. Leider kommt es sowohl in Wien wie in anderen Großstädten auch bei Vorhandensein von Schienenbremsen noch immer zu Unfällen. Die Schienenbremse allein ist noch lange kein Garant dafür, daß Unfälle auf jeden Fall auszuschließen wären.

Die Entwicklung der Wiener Stadtwerke ist positiv. Die Städtischen Unternehmungen sind ihrer Verpflichtung, die Versorgung der Wiener Bevölkerung zu gewährleisten, auf allen Gebieten nachgekommen. Dafür gebührt allen, die seit 1945 unter den schwierigsten Umständen immer bereit waren, im Interesse der Bevölkerung die manchmal sehr schwere Arbeit bei diesen Betrieben zu leisten hat, herzlicher Dank (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Wenn Stadtrat Schwaiger in seinem Amt die Arbeit im Interesse der gesamten Bevölkerung leistet und dabei Parteiinteressen zurückstellt, dann wird es auch an der nötigen Zusammenarbeit nicht fehlen. Aber Formulierungen, die er am Anfang seiner heutigen Rede gebraucht hat und die eine sehr einseitige Stellungnahme eines Politikers waren, dienen dieser Zusammenarbeit nicht.

Die Fraktion der sozialistischen Gemeinderäte wird auch den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe zustimmen (Beifall bei SPÖ).

Stadtrat Schwaiger tritt in seinem Schlußwort zunächst der Behauptung des GR. Maller entgegen, daß die Verkehrsbetriebe ihren sozialen Verpflichtungen nicht nachkämen. Für die Straßenbahn besteht wohl auf dem Papier ein Tarif von 2.20 Schilling, in der Praxis erhalten die Verkehrsbetriebe für eine Fahrt durchschnittlich nur 1.44 Schilling, weil sie eben eine Reihe von Sozialtarifen gewähren.

Was die U-Bahn betrifft, so hat die ÖVP immer verlangt, daß man möglichst rasch darangehen müsse, eine zweite Verkehrsebene zu schaffen, die Wien dringend braucht. Was würde Paris tun, wenn es keine U-Bahn hätte? (VBgm. Slavik: Dann hätte es die gleichen Verkehrsschwierigkeiten!) Das kann doch nicht richtig sein, denn es steht eindeutig fest, daß die U-Bahn das leistungsmäßig stärkste Verkehrsmittel innerhalb einer Stadt ist. (VBgm. Slavik: Die ÖVP will scheinbar unter die Erde! - Heiterkeit.)



Die Erfüllung des gesamten Schienenbremsen-Programms wird die Verkehrsbetriebe mehr als 480 Millionen Schilling kosten. Dies ist eine Investition, die sehr stark ins Gewicht fällt. Bis Ende 1960 werden von den in Betrieb befindliche 880 Triebwagen bereits 790 und von den 1000 Beiwagen 816 mit Schienenbremsen versehen sein.

Stadtrat Schwaiger kommt sodann auf die Ausführungen des FPÖ-Gr. Peter zu sprechen. Wenn wir heute bei den Städtischen Unternehmungen so eine schlechte finanzielle Situation haben, so sei dies eine Folge des letzten Krieges, der die Wiener Stadtwerke in einem devastierten Zustand zurückgelassen hat. Man dürfe nicht vergessen, daß die Städtischen Unternehmungen ungeheuer viel nachholen müssen. Wenn man das betrachtet, müsse man daraufkommen, daß die finanzielle Situation in Wirklichkeit gar nicht so trostlos ist. Viele dieser geballten Investitionen nehmen in absehbarer Zeit ein Ende. So hat das Problem der Altpensionisten eine sinkende Tendenz. Heute müssen für diesen Zweck im Jahr noch rund 255 Millionen Schilling aufgewendet werden. Im Jahre 1963 wird die Umschaltung von Gleichstrom- auf Wechselstrom abgeschlossen sein. Sie wird dann insgesamt 330 Millionen gekostet haben. Die große Ausgabe für die Wagenerneuerung, die 1961, spätestens 1962 abgeschlossen sein dürfte, wird alles in allem Kosten von 1.200 Millionen Schilling verursacht haben. Diese Riesenbeträge mußten jetzt innerhalb weniger Jahre aufgebracht werden. Es ist daher selbstverständlich, daß man das zu spüren bekommt. Zur Kritik am Rohrnetz ist zu sagen, daß bis jetzt 293.000 Meter Rohre ausgewechselt wurden. Für die Erneuerung des Wagenparks sind 330 Millionen im Investitionsprogramm enthalten. Es geschieht also doch sehr viel, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Gr. Peter hat auch die Intervalle bei der Straßenbahn kritisiert und daß die Anschlußzüge nicht warten. Die Intervalle mußten aus betriebswirtschaftlichen Gründen erstellt werden, und zwar unter aller Berücksichtigung des Kunden. Schließlich müssen sich aber die Intervalle auch nach der Frequenz richten. Im Fahrplan wurde dem Rechnung getragen, daß die Anschlüsse berücksichtigt werden. Leider sei es aber durch die Verkehrsverhältnisse für die Fahrer sehr schwierig, die Fahrzeiten minutiös einzuhalten. ./.



Der allergrößte Teil der Straßenbahner erfüllt jedoch treu und ehrlich seine Pflicht, trotzdem es sich wahrlich um keinen leichten Dienst handelt (Beifall).

Zur Kritik an der Uniform der Leichenträger ist zu bemerken, daß diese Uniform mit den kirchlichen Stellen und mit Fachmännern abgesprochen wurde. Es sei immer so, daß dem einen etwas gefalle, dem andern aber nicht.

GR. Walzer habe über den Rückgang der Gasgeräteaktion gesprochen und diesen damit begründet, daß viele ausländische Fabrikate angeboten werden. Stadtrat Schwaiger stellt fest, daß es kaum Aufgabe der E-Werke sein wird, für inländische Fabrikate eine Werbeaktion zu starten. Das wäre eine Aufgabe der Produzenten, der Händler und der Wirtschaftsnehmer. Die E-Werke werden aber gerne bereit sein, wenn sie können, hier in irgendeiner Form mitzuhelfen.

Das Verrechnungssystem für Gas und Strom so abzuändern, daß monatlich nur Teilbeträge und mit Jahresende eine Schlußabrechnung erfolgt, sei wahrscheinlich nicht angezeigt. Es könnte dadurch zum Jahresende eine ziemlich hohe Rechnung herauskommen, die manche Familie zu sehr belasten würde. Man werde jedoch den Vorschlag prüfen.

Bezüglich der Aufnahmebestimmungen für Straßenbahner wird die Möglichkeit geschaffen, daß auch Brillenträger in den Gemeindedienst aufgenommen werden können. Wegen der Mittel für die Ausstattung der Straßenbahnwagen mit Schienenbremsen müsse noch mit Vizebürgermeister Slavik unterhandelt werden. Zur Umstellung der Straßenbahn auf Autobusbetrieb ist zu sagen, daß dies keinesfalls auf einmal wird vorgenommen werden können. Hinsichtlich der Qualität der Autobusse gibt es von Seiten der Bevölkerung auch noch Klagen. Eine verstärkte Propaganda für den Kurzstreckentarif wäre bestimmt wünschenswert. Durch die Aufstellung von Automaten könnte vielleicht ein Erfolg erzielt werden. Es ist auch daran gedacht, die Trafiken für den Verkauf heranzuziehen. GR. Walzer hat auch darauf hingewiesen, daß eine Verbindung zwischen Stadtbahn und Schnellbahn hergestellt werden müßte. Das sei ein Problem, mit dem man sich beschäftigen müsse.



Daß die Verkehrsbetriebe bei Verkehrsunfällen immer freigesprochen werden, sei nicht richtig. So mußten die Verkehrsbetriebe im Jahre 1958 1.7 Millionen Schilling an Schadensvergütung und 1959 bis jetzt 1.5 Millionen Schilling bezahlen.

Stadtrat Schwaiger kommt sodann auf die Ausführungen des GR. Liwanec zu sprechen und stellt fest, daß dieser ihn falsch verstanden haben müsse. Er anerkenne die Verdienste des auch von ihm sehr geschätzten Stadtrates Resch. Die Volkspartei habe nie damit hinter dem Berg gehalten, daß sie in Stadtrat Resch einen wirklichen Fachmann gesehen habe. Es wurde nur davon gesprochen, daß sich die Meinungen der beiden Parteien während der Ära des Stadtrates Resch auf dem Verkehrssektor gegenübergestanden sind. Beide Parteien sind dann aber zu einer vernünftigen Regelung gekommen. Die Verdienste, die sich Stadtrat Resch um die Gemeinde Wien erworben hat, sollen dadurch in keiner Weise geleugnet werden. Der Redner stellt fest, daß sich auch seine Partei immer bemüht habe, nach bestem Wissen und Gewissen alles zu tun, was nicht nur den Stadtwerken, sondern der gesamten Verwaltung dieser Stadt und ihrer Bevölkerung dienlich und nützlich ist. Seine Fraktion werde auch in Hinkunft das gleiche tun (Beifall bei der ÖVP). Und wenn nun behauptet wurde, daß Stadtrat Nathschläger menschmel etwas für die Wiener Stadtwerke und die Verkehrsbetriebe tun wollte, er aber von der Volkspartei daran gehindert wurde, muß das entschieden zurückgewiesen werden. Alle Beschlüsse, auch die für die Wiener Stadtwerke und die Verkehrsbetriebe, wurden von allen Mitgliedern des Hauses und nicht von einem Stadtrat gefaßt.

Ich habe niemals Investitionen von der Hoheitsverwaltung verlangt, betont der Referent. Ich habe nur auf unser aller Bestreben hingewiesen, den Wiener Stadtwerken alle ungerechtfertigten Belastungen abzunehmen. (Vizebürgermeister Slavik: "Haben wir keine!"). Es gibt noch etliche, Herr Vizebürgermeister. Aber vielleicht können wir auch hier auf beiden Seiten Wasser in unseren Wein schütten.

Stadtrat Schwaiger gibt zu, daß es leider nicht gelungen ist, alle Forderungen der Stadtwerke gegenüber dem Bund durchzusetzen, vor allem die Stundung der Beförderungssteuer, die vom Finanzminister noch immer abgelehnt wird.



Zerstören wir aber das Märchen, daß Kamitz den Weiterbau der Schnellbahn verhindert, fuhr der Referent fort. (Gegenrufe bei den Sozialisten) Ich möchte feststellen: Finanzminister Kamitz hat einen Budgetrahmen erstellt, und innerhalb dieses Rahmens ist es den einzelnen Ressortministern freigelassen, was sie mit den ihnen zur Verfügung gestellten Geldern tun. Genau so wie Minister Waldbrunner die Jauntalbahn in Kärnten baut, genauso hätte er die Gelder zum Weiterbau der Wiener Schnellbahn verwenden können. (Beifall bei der ÖVP. Heftige Gegenrufe bei der SPÖ. Vizebürgermeister Slavik: "Völlig falsch! Sie haben doch keine Ahnung von den Dingen! Das sind Kreditaktionen, die nur mit dem Finanzministerium gemacht werden können! Als Stadtrat müssen Sie doch den Mut zur Wahrheit haben!").

Auch bei den Sozialtarifen, die durch den Bund gewährt werden, könnte uns der Sozialminister entgegenkommen und im Rahmen des ihm zur Verfügung stehenden Budgets die Belastung von den Verkehrsbetrieben nehmen.

GR. Liwanec hat erklärt, daß der Fünfjahresinvestitionsplan für die Stadtwerke zu unrecht als ein Herzenswunsch von Stadtrat Nathschläger bezeichnet wurde. Es sei vielmehr ein Slavik-Fünfjahresplan gewesen. Ich glaube, betont der Referent, es kann kein Mensch in diesem Haus ableugnen, daß sich Stadtrat Nathschläger um das Zustandekommen dieses Planes sehr bemüht hat. Es ist aber selbstverständlich Aufgabe des Finanzreferenten, die erforderlichen Mittel für die Durchführung bereitzustellen. Wir sind jedoch nicht so kleinlich. Nennen wir ihn meinetwegen einen Nathschläger-Slavik-Plan! Jedenfalls wäre ungerecht, die Verdienste, die sich Stadtrat Nathschläger hier erworben hat, einfach abzuleugnen (Beifall bei der ÖVP. Gr. Lein-kauf (ÖVP): "Bitte nicht klatschen, wenn es Slavik nicht erlaubt hat!").

Abschließend ersucht Stadtrat Schwaiger nochmals um die Annahme seiner Anträge. Den Antrag der KLS über die Schnellbahn empfiehlt er der Ablehnung, die übrigen Anträge der KLS sollen den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen werden.

Der Vorsitzende Bürgermeister Jonas erteilt hierauf Vizebürgermeister Slavik zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort. (Heftige Gegenrufe bei der ÖVP: "Die Debatte ist schon geschlossen!").



Der Vorsitzende stellt fest, daß nach der Geschäftsordnung zu tatsächlichen Berichtigungen das Wort nach dem Schlußwort des Berichterstatters zu erteilen ist.

Vizebürgermeister Slavik führt aus, er habe sich deshalb zu Wort gemeldet, weil er der Meinung sei, daß der Wiener Gemeinderat nicht falsch unterrichtet werden dürfe. Der Bau der Jauntalbahn wird aus einem Separatfonds finanziert und zwar aus dem Fonds für die unterentwickelten Gebiete, der vom Parlament zur Verfügung gestellt wurde. Darüber verfügt ausschließlich das Finanzministerium.

Zweitens möchte er feststellen, daß eine Vereinbarung zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Finanzministerium getroffen wurde.

Darüber wurde in der Bundesregierung berichtet, und die Bundesregierung hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen. Diese Vereinbarung beinhaltet die Durchführung der Vorfinanzierung für die Schnellbahn. Leider hat das Finanzministerium die Fortführung für 1960 nicht gebilligt. Deshalb kann die Aktion nicht weitergeführt werden und damit kommt der Bau der Schnellbahn zur Einstellung. (Beifall bei der SPÖ).

Hierauf erteilt der Vorsitzende zu einer tatsächlichen Berichtigung GR. Weinberger das Wort. Als Teilnehmer an den Koalitionsberatungen, die am Ende auch die Frage der Weiterführung des Schnellbahnbaues zum Thema hatten, stelle ich folgendes fest, sagt der Redner: Minister Waldbrunner hat mir sehr dafür gedankt, daß wir uns alle dafür eingesetzt haben, daß am Ende dieser Beratungen eine Lösung gefunden wurde, die es möglich machte, den Bau der Schnellbahn in Wien fortzusetzen und durchzuführen. Auch in der Wahlnacht hat mir Minister Waldbrunner gesagt, wenn das, was durch meine Initiative geschehen ist, schon früher geschehen wäre, hätten wir uns manche Schwierigkeiten erspart. (Beifall bei der ÖVP).

Der Vorsitzende Bürgermeister Jonas stellt fest, daß GR. Weinberger Bestimmungen der Geschäftsordnung in Anspruch genommen hat, die er selbst wenige Minuten vorher noch bestritt.

Hierauf erfolgt die Abstimmung über das Kapitel XII, Städtische Unternehmungen. Die Anträge des Referenten werden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Antrag der KLS bezüglich der Schnellbahn mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt, die übrigen Anträge der KLS werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen. ./.



Die restliche Tagesordnung

In Erledigung der restlichen Tagesordnung referiert hierauf GR. Fürstenhofer (SPÖ) über vier Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. GR. Sagmeister (SPÖ) berichtet über drei Anträge über den Kauf von Liegenschaften; zwei weitere Anträge über Liegenschaftskäufe referiert GR. Stroh (SPÖ). Schließlich berichtet noch StR. Riemer (SPÖ) über einen Antrag, den Bediensteten der Gewista eine Sonderzahlung zu gewähren und über einen Antrag, die Dienstanweisung für die Ärzte zu ändern.

Alle Anträge, die nur aus formalen Gründen referiert werden mußten, wurden einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Stellungnahme des Personalreferenten

Vor Schluß seines letzten Referates nimmt StR. Riemer zu den Vorwürfen der Fraktion der KLS Stellung. Wenn man mich einen Feind des Personals genannt hat, sagt StR. Riemer, so muß ich sagen, das würde mich schwer treffen, wenn dies jemand anderer als die Kommunisten gesagt hätten. Ich überlasse das Urteil darüber aber der Mehrheit des städtischen Personals (Beifall bei SPÖ).

Der Stadtrat nimmt dann zu den Anschuldigungen Stellung, er hätte die kommunistischen Gemeindebediensteten beschuldigt, daß sie alle Sabotagearbeit leisten. Er wiederholt an Hand des stenografischen Protokolls seine Ausführungen im Schlußwort zum Kapitel Personalwesen. Der Stadtrat hatte damals erklärt: wir haben sehr stark den Eindruck, daß Prerovsky das bewußt herbeigeführt hat. Deshalb ist er ja auch verurteilt worden. Das ist eine Sabotage des Bediensteten am Eigentum der Gemeinde Wien....und ich kann hier mitteilen, das wir unter Ihren Parteifreunden mehrere Bedienstete haben, denen wir nur nicht buchstäblich nachweisen können, wie sie Sabotage betreiben.

StR. Riemer erklärt jedoch, es stehe nicht an zu sagen, daß er persönlich unter den kommunistisch denkenden Gemeindebediensteten etliche kenne, die er als anständige Menschen achte und sein Leben lang auch entsprechend behandelt habe.

GR. Maller hat heute auch behauptet, fuhr Stadtrat Riemer fort, er habe sich im Krieg versteckt, während die Kommunisten Widerstandsarbeit geleistet haben. Stadtrat Riemer stellte demgegenüber fest, daß er zu dieser Zeit Beamter der Städtischen Versicherung war und von den Nazis degradiert wurde, weil er als "Säule der Roten in der Anstalt" gegolten habe.



Jahr 1960 im Zeichen friedlicher Arbeit  
=====

Bürgermeister Jonas dankt dem Volk von Wien

22. Dezember (RK) Nach Erledigung der Tagesordnung des Wiener Gemeinderates ergriff der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, zum Abschluß der Budgetberatungen noch einmal des Wort. Er führte aus: "Bei der Wahl vom 25. Oktober ist uns vom Wiener Volk das verantwortungsvolle Recht übertragen worden, in seinem Namen die Selbstbestimmung und die Selbstverwaltung innerhalb der österreichischen Bundeshauptstadt auszuüben. Jedem von uns ist es eine besondere Ehre, in diesem ehrwürdigen Haus die mannigfach verzweigten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebensinteressen der Wiener Bevölkerung zu vertreten, in gut demokratischer Weise so weit als möglich aufeinander abzustimmen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Für fünf Jahre neu gewählt, hat in diesen Tagen der Gemeinderat der Stadt Wien von seinem höchsten Recht, die Art und Höhe der Einnahmen und Ausgaben zu bestimmen, sachlichen Gebrauch gemacht. Mit der Beratung und Genehmigung des vorgeschlagenen Haushaltsplanes hat er seine Funktionsperiode eingeleitet und ein Zeugnis seines Verantwortungsbewußtseins abgelegt.

Ihnen allen danke ich aufrichtig für Ihr schwieriges Bemühen um einen wohlausgewogenen Haushaltsplan. Dieser sichert uns entsprechend den Rang der Bedürfnisse und Notwendigkeiten, die Mittel zur Verwirklichung von Vorhaben, die unser Gemeinwesen auch im neuen Geschäftsjahr weiter verschönern, gesünder gestalten, modernisieren und bereichern werden. Etwaigen Skeptikern halte ich meinen festen Glauben entgegen, daß auch dieser Voranschlag beitragen wird, unsere aus tiefstem Elend wieder auferstandene Stadt zu einer Weltstadt von wahrhaft sozialen und kulturellen Gepräge zu machen.

So danke ich allen, die an der Erstellung dieses Haushaltsplanes mitgewirkt haben. Besonders hebe ich dabei die Arbeit unseres Finanzreferenten, des Herrn Vizebürgermeisters Felix Slavik hervor. Die Herren Amtsführenden Stadträte der einzelnen Verwaltungsressorts haben ihm dabei wertvolle Hilfe geleistet,

./.



nicht zu vergessen auch die Hilfe, die er von Seite des Magistratsdirektors, des Kontrollamtsdirektors, des Generaldirektors der Wiener Stadtwerke und aller übrigen fach- und rechtskundigen Beamten der Hoheitsverwaltung und der Betriebe erfahren hat. Dank gebührt aber auch den Stenographen, dem Präsidialbüro, der Pressestelle und den Lokalberichterstatern, die vieles zum ordentlichen und reibungslosen Ablauf der Budgetberatungen beigetragen haben.

Der höchste Dank gebührt aber, wie immer, dem Wiener Volk. Ohne seine Opferbereitschaft, sein Verständnis und seinen Gemeinsinn wären die erzielten Leistungen niemals möglich geworden, wie auch die kommunale Arbeit der kommenden Jahre immer auf den vielen und wertvollen Kräften beruhen wird, die im Wiener Volke lebendig sind. Diesem Wiener Volk, das zu vertreten wir die Ehre haben, danken wir am besten, wenn wir mit den Ergebnissen seines Arbeitsfleißes immer sauber und sparsam gebaren und dabei doch für das allgemeine Wohl ein Höchstmaß an Fortschritten bewirken.

Die ordnungsgemäße Verabschiedung des städtischen Voranschlages für das Jahr 1960 gewährleistet die pausenlose Fortsetzung der Wiener kommunalen Tätigkeit im gleichen Geiste wie bisher.

Allen unseren Mitbürgern und auch Ihnen, verehrte Mitglieder des Wiener Gemeinderates, wünsche ich beim Abschluß dieser Verhandlungen ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr! Ich hege dabei die feste Zuversicht, daß auch das Jahr 1960 im Zeichen der friedlichen Arbeit, der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit stehen und für unsere Stadt einen weiteren Aufstieg bedeuten wird!"

Hierauf begaben sich die Klubobleute der Gemeinderatsfraktionen zum Platz des Vorsitzenden, um ihm die Glückwünsche für die kommenden Feiertage zu entbieten: GR. Dr. Stemmer für die SPÖ, GR. Mühlhauser für die OVP, GR. Dr. Broesigke für die FPÖ und GR. Lauscher für die KLS.



Neues Landesgesetzblatt

=====

22. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält eine Kundmachung des Amtes der Wiener Landesregierung über eine Änderung der Ambulatoriumsbeiträge für die Wiener städtischen Krankenanstalten. Ferner enthält das neue Landesgesetzblatt eine Verordnung über die Milchverkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen und eine Verordnung über den Kleinverkauf von Waren auf Campingplätzen an Sonn- und Feiertagen.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

- - -

Weihnachtliches Ständchen für Bürgermeister Jonas

=====

22. Dezember (RK) Zwei Dutzend kleine Sänger aus dem Konservatorium der Stadt Wien überbrachten heute früh Bürgermeister Jonas im Roten Salon des Wiener Rathauses ihre musikalischen Feiertagsgrüße. 23 Mädchen und ein Bub sangen, begleitet von Blockflöten, alte Weihnachtslieder. Die Weihnachtswünsche des Lehrkörpers und der Schüler des Konservatoriums übermittelte der nun scheidende Direktor Regierungsrat Prof. Lustig-Prean. Der Bürgermeister dankte für die klingende Weihnachtsbescherung und wünschte dem Konservatorium auch für das kommende Jahr die besten Erfolge.

- - -



### Weihnachts- und Silvesterfeiern für einsame Menschen

=====

22. Dezember (RK) Den Heiligen Abend und die Silvesternacht verbringt man im Kreise der Familie oder mit Freunden. Aber viele Menschen in unserer Stadt sind einsam und allein, ganz besonders jedoch an diesen Tagen. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien wird deswegen heuer zum ersten Male in einigen Tagesheimstätten weihnachts- und Silvesterfeiern veranstalten, um auch diesen Menschen Gemeinschaft und Geborgenheit zu vermitteln. Der Besuch dieser Tagesheimstätten ist für alle jene frei zugänglich, die am Heiligen Abend oder zu Silvester allein wären, unabhängig von Alter und Einkommen.

Es werden daher am Heiligen Abend die Tagesheimstätten 7, Neustiftgasse 66, von 15 bis 19 Uhr, 16, Wurlitzergasse 59, von 13 bis 19 Uhr, 17, Jörgerstraße 38, von 14 bis 19 Uhr, und 22, Erzherzog Karl-Straße 65, Stiege 20, von 15 bis 19 Uhr, offen gehalten. Zu Silvester sind die Tagesheimstätten 7, Neustiftgasse 66, von 15 bis 19 Uhr, 16, Wurlitzergasse 59, von 13 bis 19 Uhr, und 21, Ostmarkstraße 51, von 15 bis 19 Uhr geöffnet.

- - -

### Wiener Schulkinder schenken Weihnachtsfreude

=====

22. Dezember (RK) Primarius Dr. Jonas übernahm heute im Verlaufe einer Weihnachtsfeier im Mautner Markhofschen Kinderspital, an der auch Stadtschulratspräsident Dr. Zechner teilnahm, zahlreiche Spielsachen, die von Wiener Schülern für kranke Kinder im Rahmen des Handarbeitsunterrichtes hergestellt wurden. In wochenlanger, emsiger Arbeit wurden in den Wiener Haupt- und Sonderschulen entzückende Überraschungen vorbereitet. Insgesamt konnten in diesen Tagen 1.250 Spielsachen an die Spitäler, ferner an das Blindeninstitut und an die Kinderübernahmestelle übergeben werden. Die Kinder haben diese Arbeiten mit besonderer Begeisterung ausgeführt. Die Schule ist auch durch diese Aktion bemüht, in den Kinderherzen Verständnis für den Mitmenschen zu erwecken und zu pflegen.

- - -



## Kleine Statistik der Budgetdebatte

=====

22. Dezember (RK) Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1960, die heute abgeschlossen wurden, dauerten insgesamt 47 Stunden und 25 Minuten. Die längste Sitzung war Donnerstag, den 17. Dezember. Sie dauerte zehn Stunden und 20 Minuten, die kürzeste heute, Dienstag, den 22. Dezember, mit vier Stunden und 35 Minuten. Insgesamt wurden (einschließlich der Referate und der Schlußworte der Referenten) 72 Reden gehalten. Dazu kommen noch die zwei Wortmeldungen zu einer tatsächlichen Berichtigung am letzten Tag. Die kürzeste Debattenrede hielt Gemeinderat Nessel (FPÖ), der zur Gruppe Wohlfahrtswesen sprach, die längste Debattenrede Gemeinderat Maller (KLS), dessen Ausführungen zur Geschäftsgruppe XII - Städtische Unternehmungen - eine Stunde dauerten. Das längste Referat hielt Stadtrat Heller mit eineinhalb Stunden, das kürzeste Referat, das Stadtrat Koci erstattete, dauerte 20 Minuten.

- - -

## Das Rathaus-Glockenspiel zu den Feiertagen

=====

22. Dezember (RK) Am 24. Dezember wird das Glockenspiel des Wiener Rathauses von 18 bis 18.15 Uhr Weihnachtsmusik, gespielt von Kapellmeister Paul Angerer, zu Gehör bringen. Am 31. Dezember wird Kapellmeister Angerer in den letzten zehn Minuten des alten Jahres Silvesterlieder auf dem Glockenspiel vortragen, das nach einer Pause von 20 Sekunden mit 12 Glockenschlägen den Beginn des Neuen Jahres verkünden wird, das dann mit dem Walzer "An der schönen blauen Donau" von Johann Strauß musikalisch beginnt.

Am 31. Dezember musiziert von 18 bis 18.30 Uhr der Trompeterchor der Stadt Wien auf der Loggia des Rathhausturmes. Nach diesem Turmblasen wird die Neujahrsansprache von Bürgermeister Jonas durch die Lautsprecheranlage auf den Rathausplatz übertragen.

- - -



Weiterer Verkaufserfolg für "Das gute Bild für jeden"  
=====

22. Dezember (RK) Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die heuer zum zehnten Male vom Kulturamt der Stadt Wien in der Secession veranstaltet wird, hat in ihrem bisherigen Verkaufserlös die Vergleichsziffern des Vorjahres nahezu um 20.000 Schilling überschritten. Seit 2. Dezember kamen 30.000 Besucher in die Secession und kauften fast 500 Bilder oder Keramiken im Gesamtwert von 160.000 Schilling. Da die Ausstellung bis Silvester täglich geöffnet sein wird, ist heuer mit einem besonderen Erfolg dieser Aktion zu rechnen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 22. Dezember  
=====

22. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Polen 50. Neuzufuhren: Inland 3.450, Polen 2.318, Ungarn 152, DDR. 150, Jugoslawien 55, Summe 6.125. Gesamtauftrieb: 6.175. Unverkauft: Polen 38, Ungarn 51, Summe 89. Verkauft: 6.086. Auslandsschlachthof: 1.656 bulgarische Schweine, Preis 12.20 bis 13.30 S, 102 rumänische Schweine, Preis 12.30 bis 12.50 S.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 13 bis 13.50 S, 3. Qualität 12.40 bis 13 S, Zuchten 12 bis 12.50 S, Altschneider 11 bis 11.50 S; DDR. 13 bis 13.50 S, Jugoslawien 12 S, Polen 12.70 bis 13.50 S, Ungarn 12.60 bis 13.20 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um vier Groschen je Kilogramm und beträgt 13.42 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 12 Groschen je Kilogramm und beträgt 13.26 S.

- - -